

Ralf Fischer  
Rechtsanwalt

C2063

RA Ralf Fischer • Kirchhofstr. 45 • 12055 Berlin

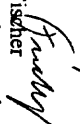
Herrn  
Georg Classen  
Familien- und Nachbarschaftszentrum  
Zossener Straße 24  
10961 Berlin

Kirchhofstr. 45  
12055 Berlin  
U-Bhf. Neukölln o. Karl-Marx-Str.  
Tel. (030) 6843637  
Berlin, 21. Februar 1995/ge

Sehr geehrter Herr Classen,

wie heute telefonisch besprochen, übersende ich Ihnen eine Kopie des gewünschten Urteiles bezüglich des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Mit freundlichen Grüßen

  
Fischer  
Rechtsanwalt

## Tiefschlag für Asylbewerber: Sachleistungsprinzip bleibt

Frankfurter (Oberverwaltungsgericht rückt von Widerstand gegen Hildebrandt-Erlaß ab  
Von unserem Redaktionsmitglied  
Markus Franck M02

Frankfurt/Oder: Sozialistischen Rechte Hildebrandt wird es freuen, für die Asylbewerber in Brandenburg bedeutet es einen Tiefschlag: Das Oberverwaltungsgericht (OVG) in Frankfurt/Oder hat die Beschwerde eines Asylbewerbers zurückgewiesen, der gestanden der Stadt Neuruppin einen Anspruch auf Bürgergeld statt Sachleistungen geltend gemacht hatte. Der Beschuldigte hat Sprecher Volker Reimus zufolge grundlegende Bedenken, ist nämlich, daß in Zukunft in Brandenburg kein Asylbewerber mehr darauf hoffen kann, Bürgergeld zu erhalten zu bekommen. Brandenburg ist damit neben Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland, das Asylbewerbern die bereits länger als ein Jahr in Deutschland leben, lediglich einen Anspruch auf Sachleistungen gewährt.

Die Gerichte der anderen Bundesländer wie etwa in Bayern hatten diese Praxis für verfassungswidrig. Sozialministerin Regine Hildebrandt hatte im März 1994 per Rundbrief die Auszahlung von Bürgergeld ausgeschrieben. Seitdem müssen sich die Asylbewerber in Magazinen der Gemeinden schlange stehen, um zu erfahren, ob sie eine solche nicht bekommen und mit Wohnungsgeldern in bestimmten Bereichen auskommen. Dadurch soll der Mißbrauch von Sozialleistungen eingedämmt werden, den die Sozialministerin vor einem Jahr auf fünf Millionen Mark pro Monat beziffert hatte. Der Erlaß war selbst aus Reihen der eigenen Partei heftig kritisiert worden. Einige Städte wie etwa Potsdam haben bei Gerichten geklagt.

Das Frankfurter OVG hatte noch im vergangenen Jahr gegen den Ministerial-Erlaß klageschlossen. Dabei vertrat das Gericht eine in Deutschland einflussreiche Auffassung. Es hat das Sachleistungsprinzip für rechtmäßig, allerdings nur, wenn die Gemeinden gewisse Voraussetzungen erfüllen muß. Wo die Punkte des Angebots zu dürftig sind, die Waren zu teuer waren, mußte wenn Bürgergeld gezahlt werden.

Das OVG hat ferner in einigen Fällen die Aufgabe von Warengrütschäften erlassen. Dadurch soll weiterhin für rechtswidrig erklärt. Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, daß der Rundbrief das Hildebrandt-Ministerium keine ausreichenende Begründung dafür enthalten habe, warum kein Bürgergeld auch in Brandenburg ausbezahlt werden kann.

Im November 1994 hat das Sozialministerium den Rundbrief entsprechend den Anforderungen des OVG geändert. Wie sich privat zeigt, mit Erlaß.

4 B 332/94  
2 L 252/94 Potsdam

OBERVERWALTUNGSGERICHT FÜR DAS LAND BRANDENBURG

B e s c h l u ß

In dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.

wohnhaft: Wohnheim Neuruppin, Walter-Rathenau-Straße 13/15,  
16816 Neuruppin

Antragsteller,

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Fischer, Kirchhofstraße  
45, 12055 Berlin,

g e g e n

den Bürgermeister der Stadt Neuruppin, Wichmannstraße 18, 16816  
Neuruppin,

Antragsgegner,

wegen Streitigkeit nach dem Asylbewerberleistungsgesetz;

hier: Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung

hat der 4. Senat

am 9. Februar 1995

durch

den Vorsitzenden Richter am Oberverwaltungsgericht Dr. Franke,  
den Richter am Oberverwaltungsgericht Reimus und  
den Richter am Verwaltungsgericht Meerjansen

auf die Beschwerde der Antragsteller gegen den Beschluß des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 8. August 1994 beschlossen:

Der Antrag auf Bewilligung von Prozeßkostenhilfe für das Beschwerdeverfahren wird abgelehnt.

Die Beschwerde wird zurückgewiesen.

Gerichtskosten (Auslagen und Gebühren) werden nicht erhoben. Die außergerichtlichen Kosten des Verfahrens tragen die Antragsteller.

#### G r ü n d e:

##### I.

Die Antragsteller sind afghanische Staatsangehörige und betreiben seit 1992 ein Asylverfahren. Eine Entscheidung im verwaltungsgerichtlichen Verfahren (4 K 12.84/93.A) steht noch aus. Die Antragsteller leben in einer Gemeinschaftsunterkunft in Neuruppin, der kein Magazin angeschlossen ist. Die Antragsteller erhalten seit Januar 1994 Hilfe zum Lebensunterhalt in Gestalt von Wertgutscheinen, die in der Verkaufseinrichtung Massa Mobil GmbH Neuruppin eingelöst werden können, und daneben den Differenzbetrag zum Regelsatz als Barleistung.

Im Wege der einstweiligen Anordnung begehren die Antragsteller Hilfe zum Lebensunterhalt ausschließlich in Form von Geldleistungen. Das Verwaltungsgericht hat ihren Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung abgelehnt und zur Begründung im wesentlichen ausgeführt, daß weder ein Anordnungsgrund noch ein Anordnungsanspruch glaubhaft gemacht seien. Schlechthin unzumutbare Folgen hätten die Antragsteller nicht zu gewärtigen, wenn ihrem Begehren nicht sofort entsprochen werde. Zudem fielen sie unter die Regelungen des Asylbewerberleistungsgesetzes mit der

Folge, daß selbst dann, wenn sie einen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt entsprechend den Regelungen des BSHG hätten, sich die Ermessensentscheidung hinsichtlich der Form der Gewährung der Sozialhilfe im konkreten Fall nicht in der Weise verdichte, daß jede andere als die begehrte Form der Leistung ermessensfehlerhaft wäre.

##### II.

Die dagegen gerichtete Beschwerde bleibt ohne Erfolg. Die Antragsteller haben nicht mit der für eine Vorwegnahme der Hauptsache erforderlichen hohen Wahrscheinlichkeit glaubhaft gemacht (§ 123 Abs. 3 VwGO i.V.m. § 920 Abs. 2 ZPO), daß ihnen ein Anspruch auf Leistungen in Form von Bargeld statt der vom Antragsgegner bewilligten Sachleistungen zusteht.

Ein solcher Anspruch ergibt sich entgegen der Rechtsansicht der Antragsteller nicht aus §§ 1 Abs. 1 Nr. 1, 2 Nr. 1 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in Verbindung mit §§ 120 Abs. 1, 22 Abs. 1 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG). Wortlaut, Regelungszusammenhang sowie Sinn und Zweck des § 2 Abs. 1 AsylbLG zwingen entgegen der in der Rechtsprechung ganz überwiegend vertretenen Ansicht nicht generell dazu, Asylbewerber, die wie die Antragsteller seit mehr als 12 Monaten auf eine Entscheidung über ihren Asylantrag wartet, laufende Leistungen zum Lebensunterhalt (§ 22 Abs. 1 BSHG) ausschließlich als Geldleistungen zu gewähren

so aber VGH Mannheim, Beschluß vom 08.04.1994 - 6 S 745/94; OVG Greifswald, Beschluß vom 26.05.1994 - 2 M 51/94 -; VGH Kassel, Beschluß vom 15.06.1994 - 9 TG 1448/94; OVG Saarland, Beschluß vom 19.08.1994 - 8 W 73/94 -; a.A. OVG Münster, Beschluß vom 04.11.1994 - 8 B 1845/94 -.

Die Behörde kann bei der Entscheidung über die Form der Sozialhilfe vielmehr auch Umständen wie der Unterbringung in einer

Gemeinschaftsunterkunft und den daraus resultierenden Besonderheiten Rechnung tragen.

Der Senat geht mit der höchststrichterlichen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts davon aus, daß ein Anspruchsberechtigter des BSHG grundsätzlich einen Anspruch darauf hat, daß ihm laufende Hilfe zum Lebensunterhalt in Form von Geld gewährt wird, sofern nicht besondere Umstände im Einzelfall die Abweichung rechtfertigen

BVerwG, Urteil vom 16.01.1986 - 5 C 72.84 -, BVerwGE 79, 354 (357).

Das dürfte nach der jüngsten Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts bereits unmittelbar aus § 22 Abs. 1 Satz 1 BSHG folgen, wonach laufende Leistungen zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten, Heimen und gleichartigen Einrichtungen nach Regelsätzen gewährt werden. Damit legt das Gesetz - insoweit unter Abweichung vom sozialrechtlichen Prinzip der individuellen Bemessung der Hilfe - die Form der Sozialhilfe (vgl. § 8 Abs. 1 BSHG) für den Regelbedarf im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt unter Ausschuß von Ermessen (§ 4 Abs. 2 BSHG) für den Regelfall (vgl. demgegenüber § 22 Abs. 1 Satz 2 BSHG) auf eine schematisierte betragsmäßig fixierte Geldleistung fest

BVerwG, Urteil vom 25.11.1993 - 5 C 8.90 -, in: Buchholz, Sammel- und Nachschlagewerk der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, 436.0 § 22 BSHG Nr. 19.

Nach der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, welche auch für § 22 Abs. 1 Satz 1 BSHG von einer Ermessensentscheidung über die Form der Hilfe zum Lebensunterhalt ausging, folgt dies aus der Bindung des (sozialhilferechtlichen) Ermessens an die Rechtsgrundsätze insbesondere des § 3 BSHG (Sozialhilfe nach der Besonderheit des Einzelfalles) sowie

des § 1 Abs. 2 Satz 1 BSHG, wonach dem Empfänger der Sozialhilfe die Führung eines Lebens ermöglicht werden soll, das der Würde des Menschen entspricht; dazu gehört, daß dem erwachsenen Menschen die Möglichkeit gelassen wird, im Rahmen der ihm nach dem Gesetz zustehenden Mittel seine Bedarfsdeckung frei zu gestalten

BVerwG, Urteil vom 25.11.1993 - 5 C 8.90 -, a.a.O., S. 357.

(*Wiss. Hinweis: vom 16.1.1986 - 5 C 72.84, ... Anm. 6 C.*)  
§ 2 Abs. 1 AsylbLG sieht vor, daß auf Leistungsberechtigte im Sinne des § 1 Abs. 1 AsylbLG abweichend von den §§ 3-7 AsylbLG das BSHG "entsprechend" anzuwenden ist. Die Regelungen in § 9 Abs. 1 AsylbLG und § 120 Abs. 2 BSHG, wonach Leistungsberechtigte des AsylbLG keine Leistung der Sozialhilfe erhalten, stellen klar, daß es sich bei der Verweisung auf das BSHG um eine Rechtsfolgenverweisung handelt und die Anspruchsgrundlage für die Leistungsgewährung allein im Asylbewerberleistungsgesetz in Anknüpfung an das Merkmal "Leistungsberechtigter im Sinne des § 1 Abs. 1 AsylbLG" zu sehen ist. Aus dem Regelungszusammenhang des AsylbLG mit dem sog. "Asylkompromiß" vom 6.12.1992 (vgl. ZAR aktuell 4/92) folgt, daß dieses Gesetz sich als leistungrechtlicher Annex zu den umfassenden Änderungen asylverfahrens-, ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlicher Vorschriften darstellt und insoweit den wesensmäßigen Zusammenhang zum BSHG ausdrücklich aufgegeben hat

vgl. zum AsylbLG: Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU und FDP, BT-Dr 12/4451, sowie BT-Dr 12/5008 (Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Familie und Senioren).

Bestimmender Gedanke der den sogenannten "Asylkompromiß" bildenden Gesetzesänderungen war, dem 1992 gegenüber den Vorjahren nochmals erheblich angestiegenen Zustrom der um Asyl nachsuchenden Ausländer durch weitere Verfahrensrestriktionen und sogenannte "flankierende Maßnahmen" zu begegnen. Zu diesen "flankie-

renden Maßnahmen" zählt das die bisherige Regelung in § 120 Abs. 2 BSHG in der Fassung vom 10. Januar 1991 ersetzende AsylbLG.

Dieser Zusammenhang zur Materie des Asylrechts geht durch die vom Gesetzgeber angeordnete "entsprechende" Anwendung des BSHG auf die Leistungsberechtigten des § 2 AsylbLG nicht verloren; die entsprechende Anwendung des BSHG zwingt die Behörden und Gerichte nicht dazu, bei der Anwendung von Bestimmungen des BSHG unberücksichtigt zu lassen, daß es sich bei der Gruppe von Leistungsberechtigten nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 AsylbLG um Asylbewerber handelt, die nach wie vor auf den rechtskräftigen Abschluß ihres Asylverfahrens warten und deren Möglichkeiten zur Persönlichkeitsentfaltung dadurch Beschränkungen unterworfen sind. Das dem BSHG zugrundeliegende normative Leitbild des Sozialhilfempfängers kann daher nur insoweit maßgeblich sein, als es mit der rechtlichen Situation des Asylbewerbers übereinstimmt. Dies bedingt nach der Rechtsüberzeugung des Senats, daß auch bei der Anwendung der Bestimmungen des BSHG über die Form der Gewährung der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt zu berücksichtigen ist, daß ein Recht zu einem Daueraufenthalt mit entsprechend verfestigten Lebensperspektiven noch nicht vorliegt und das Recht, über die Aufenthaltsgestaltung und die Lebensumstände selbst zu bestimmen, insbesondere durch die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften gemäß § 53 Abs. 1 AsylVfG erheblich eingeschränkt sein kann. Mit Blick auf die Entscheidung über die Form der Hilfe zum Lebensunterhalt kann diesen - vom Leitbild des BSHG-Leistungsberechtigten abweichenden - Umständen auch bei der Ermessensentscheidung gemäß § 4 Abs. 2 BSHG bzw. bei der Beurteilung der Frage Rechnung getragen werden, ob die "Besonderheiten des Einzelfalles" es rechtfertigen oder gebieten, die Hilfe zum Lebensunterhalt abweichend von den Regelsätzen zu bemessen (§ 22 Abs. 1 Satz 2 BSHG).

Die Entstehungsgeschichte des § 2 AsylbLG, der aufgrund einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Familie und Senioren, (BT-Dr 12/5008, S. 15) Eingang in das Gesetz gefunden hat, steht

diesem Verständnis nicht entgegen. Aus dem Ausschlußbericht des Ausschusses für Familie und Senioren geht hervor, daß für die Leistungsberechtigten des § 2 AsylbLG durch die Verweisung auf das BSHG weitergehende - auf eine bessere soziale Integration gerichtete - Bedürfnisse anerkannt werden sollten. Die Leistungen sollten sich - ohne dadurch zu Leistungen der Sozialhilfe zu werden - "nach den näheren Leistungsvoraussetzungen, den Bestimmungen über Art, Form und Maß der Leistungen und den einzelnen Verfahrensregelungen" des BSHG bestimmen. Weiter heißt es dort unter anderem:

"Abs. 1 Nr. 1 schreibt die entsprechende Anwendung des Bundessozialhilfegesetzes auf Asylbewerber vor, über deren Antrag 12 Monate nach Antragstellung noch keine unanfechtbare Entscheidung der zuständigen Behörde oder eines Gerichts vorliegt. Die weitgehende Angleichung des Leistungsrechts an das Sozialhilferecht folgt der Überlegung, daß bei einem längeren Zeitraum des Aufenthaltes und - mangels Entscheidung - noch nicht absehbarer weiterer Dauer nicht mehr auf einen geringeren Bedarf abgestellt werden kann, der bei einem in der Regel nur kurzen, vorübergehenden Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland entsteht. Insbesondere sind nunmehr Bedürfnisse anzuerkennen, die auf eine stärkere Angleichung an die hiesigen Lebensverhältnisse und auf bessere soziale Integration gerichtet sind."

Die somit bezweckte "weitgehende Angleichung des Leistungsrechts an das Sozialhilferecht" und bessere soziale Integration veranlaßten den Gesetzgeber jedoch nicht dazu, die Einbindung der Leistungsansprüche in das AsylbLG aufzugeben und sie in die Materie des Sozialhilferechts zu überführen. Danach hat der Senat keine durchgreifenden rechtlichen Bedenken dagegen, daß der Antragsgegner in Anwendung des § 22 Abs. 1 BSHG bzw. bei der Ermessensentscheidung nach § 4 Abs. 2 BSHG gemäß den zur Durchführung des AsylbLG ergangenen Runderlassen des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen vom 21.09.1993, 03.03.1994 und 10.11.1994 berücksichtigt hat, daß die Antragsteller mit in einer Gemeinschaftsunterkunft wohnen, und ihnen neben der Ausgabe von Wertgutscheinen monatlich lediglich die

Differenz zur Höhe des Regelsatzes (Verordnung über die Festsetzung der Regelsätze der Sozialhilfe 1993, im Land Brandenburg vom 21. Juni 1993, Gesetz- und Verordnungsblatt Teil II, S. 276) in bar auszahlt. Der derzeit maßgebliche Rundetab des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen vom 10.11.1994 sieht - wie auch schon die frühere Erläuterung (Erlasse vom 21.09.1993 und vom 03.03.1994 in Ziffer VII) - eine unterschiedliche Handhabung des AsylbLG danach vor, ob Leistungsberechtigte im Sinne des § 2 AsylbLG in einer Einzelunterkunft, einer Gemeinschaftsunterkunft oder einer Gemeinschaftsunterkunft mit Sachleistungsangebot (Magazin) untergebracht sind. Hinsichtlich der in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachten Asylbewerber wird nur der Unterschiedsbetrag zwischen Sachleistung und Regelsatz als Barleistung gewährt; im übrigen werden die Leistungsberechtigten auf ein der Gemeinschaftsunterkunft angeschlossenes Magazin oder den örtlichen Einzelhandel, der sich wie hier vertraglich zur Einlösung von Wertgutscheinen verpflichtet hat, verwiesen. Diese Erläuterung schließt eine Einzelfallentscheidung nach pflichtgemäßem Ermessen nicht aus, sondern enthält lediglich eine typisierende Ermessensvorgabe für die Fälle, in denen Leistungsberechtigte in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind.

Bei der rechtlichen Bewertung muß der Senat zugrundelegen, daß Asylbewerber, die nicht mehr verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, "in der Regel" in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden sollen (§ 53 Abs. 1 AsylbLG), und daß diese Art der Unterbringung im Land Brandenburg - anders als in einigen anderen Bundesländern -

siehe dazu die Übersicht von Pro Asyl, Menschenwürde mit Rabatt, Das AsylbLG und was man dagegen tun kann; Leitfaden - Dokumentation - Handlungshilfen, S. 15 ff.

tatsächlich - wie im Falle der Antragsteller - auch praktiziert wird. Der Senat hat im Rahmen des vorliegenden Verfahrens keinen

Anlaß zu überprüfen, ob die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften sachgerecht und erforderlich ist; den sich daraus ableitenden Besonderheiten muß die Behörde nach Auffassung des Senats bei der Handhabung des AsylbLG jedenfalls Rechnung tragen können.

Der Senat hält es für zulässig, daß der Antragseegner durch die Festsetzung von Sachleistungen oder die Ausgabe von Wertgutscheinen den Umstand berücksichtigt, daß in der Gemeinschaftsunterkunft - neben dem § 2 AsylbLG unterfallenden Personenkreis - auch § 3 dieses Gesetzes unterfallende Asylbewerber untergebracht sind. Es wäre einem geordneten und menschlich auskömmlichen Miteinander dieser verschiedenen Gruppen in hohem Maße abträglich, wenn innerhalb der Unterkunft eine "Mehrklassengesellschaft" geschaffen würde, deren Unterscheidungsmerkmale zudem eher zufällig und nach Ablauf eines Jahres von einem Tag auf den anderen entstehen.

Soweit der Senat in seinem Beschluß vom 26. Oktober 1994 - 4 B 335/94 - die Ausgabe von Wertgutscheinen im Rahmen einer Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften mangels ausreichender Ermessenserwägungen beanstandet und die Behörde im Wege der einseitigen Anordnung bis zum Erlaß eines Widerspruchsbescheides zur Gewährung der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt in Form von Geldleistungen verpflichtet hat, treffen die dafür maßgeblichen Erwägungen nicht mehr zu, nachdem inzwischen das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen mit Ministerialbescheid vom 10. November 1994 die Gewährung von Sachleistungen durch den Einzelhandel in ermessensfehlerfreier Weise näher geregelt hat; da auch der Antragseegner bei der Ausgabe der Wertgutscheine auf dieser Grundlage verfährt, ist den Erfordernissen einer fehlerfreien Ermessensausübung hinreichend Rechnung getragen.

Die mit der Regelung im § 2 AsylbLG bezweckte Besserstellung gegenüber Leistungsberechtigten nach § 1 AsylbLG wird dadurch

nicht vereitelt. Denn - anders als in den Fällen des § 3 AsylbLG - werden die Antragsteller nicht generell auf die Bedarfsdeckung durch Sachleistung (Wertgutscheine) und Empfang eines geringen "Taschengeldes" verwiesen, sondern erhalten entsprechend dem monatlichen Regelsatz Sachleistungen (Wertgutscheine) und Barleistungen und sind somit - dem Wert der Leistungen nach - Leistungsempfängern im Sinne der Regelsatzverordnung gleichgestellt.

Es kann auch nicht die Rede davon sein, daß durch die Gewährung von Sachleistungen an in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachte Asylbewerber die Entscheidung des Gesetzgebers, die Berechtigten des § 2 AsylbLG von dem generellen Sachleistungsprinzip des § 3 dieses Gesetzes auszunehmen, unterlaufen würde. Hätte der Gesetzgeber umgekehrt die Gewährung von Sachleistungen an die Berechtigten des § 2 AsylbLG grundsätzlich ausschließen wollen, hätte es nahegelegen, statt der ausdrücklichen Versagung von Leistungsansprüchen nach dem BSHG und der Schaffung einer besonderen Leistungsgrundnorm in § 2 AsylbLG unmittelbar Ansprüche auf der Grundlage des BSHG zu gewähren.

Der in diesen Fällen zur Auszahlung gelangende Barbetrag beläuft sich auf 28 % des Regelsatzes und ermöglicht es den Leistungsberechtigten, ihre zusätzlichen persönlichen Bedürfnisse zu befriedigen, ohne in einer die Menschenwürde verletzenden Weise zum Objekt staatlicher Zuteilung gemacht zu werden.

Die Antragsteller können auch nicht mit Erfolg geltend machen, daß die Hilfe, die neben dem Barbetrag in Form von Wertgutscheinen erbracht wird, ungeeignet oder unzureichend wäre. Die von den Antragstellern gehegte Befürchtung, daß die Wertgutscheine, die eine Stückelung von 10,- DM, 20,- DM, 25,- DM, 50,- DM und 100,- DM aufweisen, bei dem seit 1. Mai 1994 vertraglich gebundenen Einzelhandelsunternehmen nicht angenommen werden, entbehrt jeder Grundlage. Eine Einschränkung der Dispositionsfreiheit der Antragsteller kann allenfalls darin erblickt werden, daß die

*x Rest gelb rückgez. ??*

*Womit  
auf ??*

Wertgutscheine, die kein gesetzliches Zahlungsmittel sind, nicht in jedem beliebigen Geschäft ihrer Wahl eingelöst werden können. Wenn der zur Entgegennahme verpflichtete Vertragspartner aber wie hier ein zur Deckung aller täglichen Bedürfnisse ausreichendes, breit gefächertes Sortiment vorhält, kann allein der mit Vorlage der Wertgutscheine vom normalen Geschäftsgang abweichende Erwerb von Waren des täglichen Bedarfs der Zielsetzung des AsylbLG nicht entgegenstehen.

Abschließend wird angemerkt, daß der Senat aus den Gründen des angefochtenen Beschlusses das Vorliegen eines Anordnungsgrundes ebenfalls verneint (§ 122 Abs. 2 S. 3 VwGO).

Die Bewilligung von Prozeßkostenhilfe für das Beschwerdeverfahren kommt mangels hinreichender Erfolgsaussicht nicht in Betracht, § 166 VwGO i.V.m. § 114 ZPO.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 154 Abs. 2, § 188 Satz 2 VwGO.

Der Beschluß ist unanfechtbar, § 152 VwGO.

Dr. Franke Reimus Meerjanssen



Postfach 111111 · 31111 Verden

Landkreise und  
Kreisfreie Städte

Verden, 10. November 1994

Beschwerde/Ln: Herr Hauk

Telefon: (04131) 866 - 5821

Telefax: (04131) 866 - 5821  
56-4822.3/K1

Gerichtsverfahren gegen Sachleistungsgewährung für Leistungs-  
berechtigte nach dem AsylbLG  
hier: Kundenkontenverfahren im Einzelhandel

Ihrer Stellungnahme in Gerichtsverfahren gegen die Sachlei-  
stungsgewährung durch den Einzelhandel bitte ich dieses  
Schreiben zur Begründung der Sachleistungsregelung in VIII.2  
1. V. mit II.2 meines Runderlasses zur Durchführung des Asylbe-  
werbsleistungsgesetzes vom 3.3.1994 beizufügen und zum Gegen-  
stand Ihres Vortrags zu machen.

### 1. Praxis der Sachleistungsgewährung durch den Einzelhandel

Nach VIII.2 1. V. mit II.2 meines Runderlasses zur Durch-  
führung des Asylbewerberleistungsgesetzes vom 3.3.1994  
sollen alle in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht  
Asylbewerber Sachleistungen erhalten, die "vorrangig durch  
den örtlichen Einzelhandel erbracht werden, indem dort für  
die Leistungsberechtigten Guthabenkonten geführt werden."  
Nur dort, wo die Versorgung der Leistungsberechtigten durch  
den örtlichen Einzelhandel nicht möglich ist (z. B. wenn  
sich kein geeigneter Vertragspartner findet), sollen in den  
Gemeinschaftsunterkünften bzw. auf deren Gelände Magazine  
eingesetzt werden. Im Land Brandenburg werden derzeit in  
19 Gemeinschaftsunterkünften Sachleistungen durch Magazine,  
in ebenfalls 19 Gemeinschaftsunterkünften Sachleistungen  
durch den Einzelhandel, in 1 Unterkunft durch Lebensmittel-  
pakete erbracht. In 5 Heimen, von denen 2 demnach ge-  
schlossen werden, konnten bisher Sachleistungen aus organi-  
satorischen Gründen nicht realisiert werden.

Die Sachleistungsgewährung durch den Einzelhandel erfolgt  
aufgrund öffentlich-rechtlichen Vertrages des kommunalen  
Leistungsträgers mit einem Einzelhändler, in dem dieser  
sich verpflichtet, den Leistungsberechtigten die von ihnen  
für den Lebensunterhalt benötigten Waren in Höhe des Lei-  
stungsanspruchs nach § 3 AsylbLG zur Verfügung zu stellen.  
Soweit dieses Verfahren noch nicht durch eine mit entspre-  
chender Software ausgestattete Kasse automatisiert ist,

führt das vertraglich bestimmte Einzelhandelsgeschäft zur  
Leistungsgewährung und zur Abrechnung gegenüber dem Lei-  
stungsträger. Jeweils ein sogenanntes Kundenkontenblatt.  
Damit wird gewährleistet, daß der Leistungsberechtigte  
Leistungen nur im Rahmen des ihm zur Verfügung stehenden  
Betrages erhält.

Über diese Grundleistungen in Form der Sachleistung hinaus  
erhalten die in § 1 AsylbLG genannten Leistungsberechtigten  
einen monatlichen Geldbetrag zur Deckung persönlicher Be-  
dürfnisse des täglichen Lebens gem. § 3 AsylbLG, die Lei-  
stungsberechtigten nach § 2 AsylbLG erhalten die Differenz  
zu der von ihnen gesetzlich zu gewährenden Regelsatzhöhe  
als Barleistung.

### 2. Unterschiede in der Form der Sachleistungsgewährung

Der Unterschied in der Sachleistungsgewährung durch den  
Einzelhandel gegenüber einer Sachleistungsgewährung in  
einem Magazin besteht lediglich darin, daß das Magazin auf  
dem Gelände der Gemeinschaftsunterkunft die Leistungen  
erbringt, der Einzelhandel aber in einem auch sonst der  
Öffentlichkeit zugänglichen Einzelhandelsgeschäft. Wie im  
Magazin, ist auch der Einzelhändler vertraglich verpflich-  
tet, nur für den Lebensunterhalt notwendige Waren (z.B.  
nicht elektronische Geräte) an den Berechtigten herauszu-  
geben, umgekehrt aber auch Waren zu beschaffen, die in  
seinem Sortiment normalerweise nicht vorhanden sind, vom  
Leistungsberechtigten insbesondere aus religiösen oder  
ethnischen Gründen jedoch benötigt werden. Darüber hinaus  
besteht ein wesentlicher Unterschied zu einer Versorgung  
durch Magazine darin, daß den Berechtigten - bei objektiv  
strikter Sachleistungsgewährung - weitgehend das subjektive  
Gefühl eines "normalen Einkaufs" vermittelt werden kann.

### 3. Gründe für den Sachleistungsvorrang durch den Einzelhandel

Ausgangspunkt der Gründe für die Runderlassregelung, Sachlei-  
stungen für die in Gemeinschaftsunterkünften unterbrach-  
ten Asylbewerber vorwiegend durch den Einzelhandel erbrin-  
gen zu lassen, ist die im Vergleich zu Magazinen in vielen  
Fällen weitaus größere Wirtschaftlichkeit und Praktikabili-  
tät des Sachleistungsverfahrens. Im Vergleich zu den Ma-  
gazin unternehmen erhebliche geringere Kosten - Magazine er-  
fordern erhebliche Investitions- und Personalkosten bei  
vergleichsweise minimalem Umsatz - und erheblich geringerer  
Verwaltungsaufwand, da insbesondere die in den Magazinen  
unverzichtbare Preiskontrolle entfällt. Da sich andere als  
bei Magazinen nicht ständig die Umsatzfrage und damit die  
Frage der Preiskalkulation stellt, enthält die Einzelhan-  
delsleistung auch unter Praktikabilitätsgesichtspunkten einen  
entscheidenden Vorteil.

Der naheliegende Gedanke einer getrennten Unterbringung der verschiedenen Leistungsgruppen in verschiedenen Gemeinschaftsunterkünften mit oder ohne Sachleistungsangebot wurde von den Sozialamtsleitern in den Landkreisen und Kreisfreien Städten bereits frühzeitig als unpraktikabel abgelehnt. Gegen eine getrennte Unterbringung in Heimen mit und ohne Sachleistungsangebot spricht zunächst, daß damit die ohnehin schwierige Auslastung der Heimkapazitäten weiter erschwert würde; diese Lösung würde darüber hinaus zu erheblichem Verwaltungsaufwand bei den dann notwendigen Verteilungen in andere Heime nach Ablauf der Jahresfrist führen. Schließlich und insbesondere aber wären ganz erhebliche Probleme bei der Zurückverteilung von Leistungsberechtigten nach § 2 AsylbG in Gemeinschaftsunterkünfte mit Sachleistungsangebot in den Fällen zu erwarten, in denen diese nach rechtskräftiger Ablehnung ihres Asylantrages wieder nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 leistungsberechtigt werden und damit Sachleistungen erhalten müssen. Auch unter Berücksichtigung von Bildungsentscheidungen nach § 51 ff. AsylbG bestünde hier angesichts der nach wie vor unter 10 % liegenden Anerkennungsquote in der Praxis erhebliches Konfliktpotential durch unterschiedliche Formen der Leistungsgewährung.

**Im Auftrag**

## Hawk

**Gründe für die Sachleistungsgewährung auch für die Leistungsberechtigten nach § 2 AsylbLG**

für die in VIII.2 des o. g. Runderlasses vorgesehene typisierende Ermessensvorgabe, wonach auch die in § 2 AbsylbG genannten Leistungsempfänger Sachleistungen erhalten sollen, soweit sie in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind, waren folgende Gründe maßgebend:

Das AsylbLG schreibt die Gewährung von Sachleistungen an Leistungsberechtigte nach § 1 vor (§ 3 Abs. 1). Beide Gruppen von Leistungsberechtigten sind im Land Brandenburg - von wenigen Ausnahmen abgesehen - in Gemeinschaftunterkünften untergebracht. Eine Gleichbehandlung im Hinblick auf die Leistungsform ist in erster Linie aus Gründen der Konfliktvermeidung in den Gemeinschaftsunterkünften geboten. Nach der treffenden Formulierung des Oberverwaltungsgerichts für das Land Brandenburg in seinen bisher hierzu vorliegenden Beschlüssen vom 8. September und vom 26. Oktober 1994 wäre es einem geordneten und menschlich auskömmlichen Miteinander der verschiedensten Personengruppen in hohem Maße abträglich, wenn innerhalb der Unterkunft eine "Mehrklassen-gesellschaft" geschaffen würde. Dabei kann es keine Rolle spielen, ob die Sachleistungen in der Gemeinschaftsunterkunft selbst, oder aber in einer räumlich mehr oder weniger entfernten Ausgabestelle eines Einzelhandelsgeschäftes erfolgen. Denn auch in letzterem Fall wäre die Leistungsgruppe nach § 1 AsylbLG einer Gemeinschaftsunterkunft gegenüber der dort ebenfalls untergebrachten Leistungsgruppe nach § 2 AsylbLG in diesem Sinne "deklassiert".

Ein weiterer entscheidender Grund für die einheitliche Sachleistungsgebarung für die in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachten Asylbewerber ist darin zu sehen, daß eine angemessene Sachleistungsgebarung für die Minderheit der Leistungsberechtigten nach § 1 AsylbLG im Rahmen eines vertretbaren Kostenaufwandes anders beschaffungsbedingt nicht zu leisten wäre. Sowohl die Bereitstellung von Magazinen, als auch die - ohnehin gering vorhandene - Bereitschaft des Einzelhandels zur Sachleistungsgebarung setzen einen Mindestumsatz voraus, der mit der zahlenmäßig weit geringeren Leistungsgruppe nach § 1 AsylbLG (landeseitig derzeit ca. 20 % der Leistungsberechtigten) mit Sicherheit nicht erreicht wird. Auch wenn sich das Verhältnis der beiden Leistungsgruppen nach dem Stand der Bearbeitung der Asylverfahren im nächsten und übernächsten Jahr in der vom Gesetzgeber ursprünglich zugrunde gelegten Weise entwickeln sollte, muß eine Gemeinschaftsunterkunft doch grundsätzlich auch in dieser Hinsicht vom Leistungsträger als wirtschaftliche Einheit betrachtet werden, um mit Magazinbetreibern und Einzelhändlern zu vertretbaren vertraglichen Konditionen für die Sachleistungsgebarung zu kommen.